

Verhandlungsschrift

über die Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Neukirchen an der Vöckla am **Dienstag, den 06. April 2004, um 19.30 Uhr**, im Gemeindeamt Neukirchen an der Vöckla.

Anwesende:

1. Bgm. Ramp Johann als Vorsitzender
2. 1.Vizebgm. Schneeweiß Walter
3. 2.Vizebgm. Winter Petra
4. Bauernfeind Irmgard
5. Baumann Hildegard
6. Fellner Wilhelm
7. Gubesch Heinz
8. Hemetsberger Johann jun.
9. Kinast Wolfgang
10. Köttl Alois
11. Muss Hermann Ing.
12. Ott Wilhelm
13. Ottinger Wilfried DI
14. Reiter-Kofler Franz
15. Schausberger Heinrich
16. Starlinger Josef
17. Stockinger Daniel
18. Stöckl Alois
19. Uhrlich Rudolf
20. Wagner Georg Dr.
21. Wittek Anneliese
22. Zeilinger Franz

Ersatzmitglieder:

Hinterleitner Max
Kircher Franz
Leitner Christian Ing.

Der Leiter des Gemeindeamtes: Al. Karl Leitner
Fachkundige Personen (§66 Abs.2 der O.Ö. Gemeindeordnung 1990)
Mitglieder mit beratender Stimme in Ausschüssen (§ 18 Abs. 4 der O.Ö. GemO. 1990)

es fehlten:

entschuldigt:

Huemer Friedirch
Schausberger Maria
Stallinger Johann DI

unentschuldigt:

Schriftführer (§ 54 Abs. 2 der O.Ö. GemO. 1990) Al. Karl Leitner

Der Vorsitzende eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

die Sitzung von ihm einberufen wurde,
die Verständigung hiezu gemäß den vorliegende Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 25.03.2004 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist,
dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 27.01.2004 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und dass gegen die Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Sodann gibt der Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

Tagesordnung, Beratungsverlauf und Beschlüsse

Bgm. Ramp eröffnet die Sitzung und gelobt die Ersatzmitglieder, Hemetsberger Johann jun., Hinterleitner Max und Leitner Christian Ing. an.
Er bittet Frau Mag. Staudinger um die Präsentation des Regionalmanagements.

1. Präsentation des Regionalmanagements

Frau Staudinger hat der Gemeinde eine Zusammenfassung Ihrer Präsentation im Rahmen der Gemeinderatssitzung übermittelt.

Im Rahmen der GEMEINDETOUR 2004 vom Regionalmanagement Vöcklabruck gibt die Geschäftsführerin und Regionalmanagerin für Wirtschaft und regionale Entwicklung Mag. Doris Staudinger einen organisatorischen Überblick, eine Übersicht über abgeschlossene und laufende Projekte sowie steht sie für Fragen zur Verfügung.

Seit April 2001 besteht der Verein für Regionalentwicklung im Bezirk Vöcklabruck als Trägerorganisation des Regionalmanagements Vöcklabruck, das im September 2001 installiert und von der Regionalmanagerin für Wirtschaft aufgebaut wurde. Im September 2002 kommt die Regionalmanagerin für Arbeit – Dr. Edith Konrad – und im November 2002 der Agrarmanager – DI Volker Dobringer, mit Sitz in Gmunden – dazu. Beide sind für die Bezirke Vöcklabruck und Gmunden zuständig. Finanziert wird der Verein bzw. das Regionalmanagement aus Eigenmitteln (Mitgliedsbeiträge – 0,44 € pro Einwohner und Jahr, das sind ca. 55.000,- € pro Jahr) und aus Förderungen von Land, Bund und EU (das sind ca. 140.000,- € pro Jahr). Für Projektförderungen sind keine großen Posten vorgesehen. Für die Projektfinanzierung muss separat bei den zuständigen Behörden angesucht werden. Frau Staudinger zeigt auf, dass seit Bestehen ca. 350.000,- € an Förderungen für Projekte, Personal, Infrastruktur, Regionalwirtschaftliches Konzept, Homepage, ... direkt an den Verein geflossen sind.

In der Einleitung weist Frau Staudinger auch darauf hin, dass von Seiten des Landes OÖ eine Neu-Organisation des Regionalmanagements in OÖ geplant ist. Die Gemeindebeiträge sind auch zukünftig wichtig, sollen vermehrt in Projekte fließen.

Die Hauptaufgaben des Regionalmanagements sind:

- Information und Motivation der regionalen Bevölkerung, der Mitglieder und Institutionen
- Regionalbetreuung, d.h. Vernetzung und Abstimmung der regionalen Akteure

- Projektbetreuung, Ideenbringer, Projektträger bei der Antragstellung beraten und unterstützen (bottom-up). Wir sind keine Förderstelle.
- Eigene Initiativen zum Umsetzen von Konzepten, Pilotprojekten im Rahmen von Programmen einleiten

In den drei Arbeitsschwerpunkten sind in den letzten beiden Jahren bereits gute Projekte mit Beteiligung und auf Initiative des Regionalmanagements gelaufen bzw. laufen zur Zeit. Der folgende Auszug ist nicht vollständig, es sind zur Zeit weitere Projekte in Vorbereitung.

Arbeit & Soziales – Auslandspraktikum für Jugendliche aus den Tourismusbranchen, Vernetzungsprojekte mit den 5 Polytechnischen Schulen im Bezirk, Berufsorientierung mit Hauptschulen, Schnupperwerkstätten für Frauen in technischen Berufen, ...

Wirtschaft, regionale Entwicklung – Sommerkindergarten 2003 und Vorbereitung 2004, Portal für den Bezirk Vöcklabruck www.bezirkvb.at, Veranstaltungskalender, Betriebsflächen-Management, Vernetzungsprojekt mit Betrieben aus den Stärkefeldern Holz, Gebäudehüllen, Bleche, Mechatronik, ... Römerradweg, Nachtbus, ...

Landwirtschaft, Energie – Projektberatung und Unterstützung für Antragsteller im Rahmen des Förderprogrammes ländliche Entwicklung Artikel 33, Öffentlichkeitsarbeit; Themen-Schwerpunkte sind Energie aus Biomasse, Direktvermarktung, Freizeitwirtschaft, ...

Nähere Informationen zu den aktuellen Projekten finden Sie unter www.regionalmanagementvoecklabruck.at, www.bezirkvb.at in unserem monatlichen Newsletter oder in einer unserer Broschüren. Selbstverständlich stehen wir gerne in einem persönlichen Gespräch zur Verfügung. (07674-20635, office@regionalmanagementvoecklabruck.at)

Frau Staudinger steht noch für Fragen zur Verfügung.

Bgm. Ramp fragt, wie sich die 3 Organisationen, Regionalmanagement, Leader und Region Vöcklatal ergänzen.

Staudinger: Es gibt keine Abgrenzung zwischen diesen Organisationen. Im Regionalmanagement sind sämtliche Gemeinden des Bezirkes vertreten.

GR. Schausberger fragt, ob der Weiterbestand des Regionalmanagements in der Region gegeben ist, da ja auch das Land in dieser Organisation beteiligt ist.

Staudinger: Dass man nicht unabhängig ist, darüber ist auch sie nicht glücklich. Es wird diese Organisation aber auch weiterhin in unserer Region geben.

Bgm. Ramp dankt Frau Staudinger für die Präsentation und diese verabschiedet sich.

2. Berichte des Bürgermeisters

Vom Land Oberösterreich wurde eine neue Schriftenreihe der O.Ö. Gemeindeordnung aufgelegt von dem Bürgermeister für jedes Gemeinderatsmitglied bestellt.

ÖVP Ersatzmitglied Frau Johanna Buchinger hat ihre Ersatzmitgliedschaft zurückgelegt. Da sie im Schule- und Kindergartenausschuss vertreten ist, wird bis zur nächsten Gemeinderatssitzung ein neues Ausschussmitglied bekannt gegeben.

Gemeinderat Ing. Haberpointner hat auf sein Gemeinderatsmandat verzichtet. Es wurde von ihm das nächste Ersatzmitglied, Herr Hemetsberger Johann jun. in den Gemeinderat berufen. Von der FPÖ-Fraktion wurde mit 01.04.2004 Herr Hemetsberger Johann jun., als neuer Fraktionsobmann und Herr Reiter-Kofler Franz als Fraktionsobmannstellvertreter namhaft gemacht.

Bgm. Ramp verliest das Schreiben des Landeshauptmannes vom 10.03.2004, AZ.: LH.Tgb.-/04/LH/Ko, in dem er darauf hinweist, dass er einige Mitteilungen über

Veränderungswünsche von Alten- und Pflegeheimen, erhalten hat. Er weist darauf hin, dass jedermann Veränderungswünsche und Vorstellungen bis 30.04.2004 bei ihm einbringen kann und in einem Gremium darüber diskutiert wird.

Bgm. Ramp hatte Kontakt mit dem Vertreter der BBAG bezüglich des Grundkaufes. Dieser hat mitgeteilt, dass der Grundverkauf noch heuer erfolgen müsste, da nächstes Jahr die Gesellschafter der Firma Heineken auch ein Mitspracherecht haben. Es wurde ein Vertragsentwurf vorgelegt. Die Vertragskosten übernimmt die BBAG. Es ist eine Vertragsklausel enthalten, die besagt, dass bei einer Wertsteigerung des Grundes innerhalb von 15 Jahren, die Gemeinde einen Kaufpreis nachzahlen muss.

Bgm. Ramp lobt die Arbeit des Winterdienstes und man hat von Seiten der Bevölkerung fast ausschließlich auch nur Gutes gehört. Der Salzstreuer muss umgebaut werden, da man immer wieder technische Probleme hatte.

Da wir letzten Winter beim Kleintraktor Kuboter letzten Winter häufig Reparaturen hatten, hat sich der Bauausschuss mit dem Ankauf eines Klein-Kommunalfahrzeuges auseinandergesetzt und auch einige Modelle besichtigt. Der Bauhof hatte nun einen Carraro Knicklenker zum Probieren da. Es war dies ein fast neuwertiges Gerät.

Die Gemeinde Steinbach an der Steyr bietet Workshops über Agenda 21 an. Es sollen Leitbilder für die Gemeindeentwicklung erarbeitet werden. Es soll der Gemeinderat an so einem Workshop teilnehmen.

Die WWG Neukirchen hat in einer Sitzung das Thema der Wasserversorgung in Satteltal besprochen. Bgm. Ramp hat den Obmann, Herrn Pichler, noch nicht erreicht um mit ihm eine Lösungsmöglichkeit zu besprechen.

An der Flursäuberungsaktion, die letzten Samstag den 03.04.2004, vormittags durchgeführt wurde, haben sich ca. 50 – 60 Personen beteiligt.

Betreffend der Flächenumwidmung von Pohn Karl in Höllersberg hat Bgm. Ramp mit der Bezirkshauptmannschaft gesprochen, ob Herr Pohn schon die gewerbebehördlichen Auflagen erfüllt hat. Da dies noch nicht geschehen ist hat er Herrn Pohn mitgeteilt, dass er unbedingt die gewerbebehördlichen Auflagen erfüllen muss, bevor einer Flächenumwidmung zugestimmt wird.

Von Straßenmeister Hemetsberger, Vizebgm. Schneeweiß und ihm wurde der Gehweg Neudorf – Zipf besichtigt. Es wurde eine Sanierung vereinbart, welche die Gemeinde durchführt. Die Gemeinde soll an die Landesstraßenverwaltung ein Schreiben betreffend die Sanierung und eines Zuschusses richten. Der Zuschuss kann aber frühestens im Jahr 2005 gewährt werden.

Am 30. April und 1. Mai 2004 feiert die Volksschule Zipf ihr 100-jähriges Bestehen. Es werden von der Volksschule und vom Bauhof Vorbereitungsarbeiten durchgeführt.

Die Personalaufnahme wurde in der letzten Gemeindevorstandssitzung nicht beschlossen, da auch der Gemeindevorstand die Bewerberinnen in einem Vorstellungsgespräch sehen möchte. Dazu wird am 15. April eine Gemeindevorstandssitzung abgehalten.

Bgm. Ramp weist noch auf die Bundespräsidentenwahl am 25. April 2004 hin.

3. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 2, Änderung Nr.8; Erweiterung des bestehenden Dorfgebietes in Mühlleiten/Haid

Amtsbericht von GR. Köttl.

Franz Riedl aus Mühlleiten 11 hat mit Schreiben vom 01.12.2003 einen Antrag auf Umwidmung eines Teiles der Parzelle 577, der Parzelle .77, 571, 575 und 576 beantragt.

Auf der Parzelle 577 soll ein Bauplatz zwischen den Liegenschaften Mühlleiten 11 und Mühlleiten 12 geschaffen werden. Durch diese Bauplatzschaffung wird eine derzeit bestehende Baulücke aufgefüllt. Die Liegenschaft Mühlleiten 11 ist im derzeitigen rechtswirksamen Flächenwidmungsplan mit einer Sternchensignatur (die

Sternchensignatur weist von Grünland umgebende Baulandflächen mit Wohngebäuden als Bestand aus) ausgewiesen. Für dieses Grundstück wurde daher die Widmung „Dorfgebiet“ festgelegt. Die Liegenschaft Mühlleiten 12 ist als Bestand (ehemalige Landwirtschaft) im Grünland ausgewiesen. Die Baulandwidmung der restlichen Parzellen (576, 571, 575 und .77 (Bestand)) ergeben sich aus der Tatsache, dass das Grundstück 576 bereits als Bauland ausgewiesen ist (Sternchensignatur) und die Grundstück .77, 575 und 571 als Bestand (ehemaligem landwirtschaftlichem Wohnhaus mit Gartengrundstück) ausgewiesen sind. Durch diese wie im Lageplan dargestellt „großflächige“ Änderung wird nur ein Bauplatz durch Auffüllung einer bestehenden Baulücke geschaffen. Diesbezüglich wurde der Grundsatzbeschluss in der GR-Sitzung am 16.12.2003 gefasst und das Umwidmungsverfahren beim Amt der O.Ö. Landesregierung eingeleitet. Sämtliche Behörden, Institutionen und Grundanrainer wurden von der beabsichtigten Änderung informiert und ihnen die Möglichkeit eingeräumt innerhalb einer Frist von 8 Wochen diesbezüglich eine Stellungnahme abzugeben. Die Frist für die Abgabe einer Stellungnahme endete mit 02.04.2004. Es sind bis zum heutigen Tage keine negativen Stellungnahmen eingelangt. Vom Amt der O.Ö. Landesregierung ist noch keine Stellungnahme eingelangt, sodass angenommen werden muss, dass zur geplanten Umwidmung keine Bedenken bestehen.

Ich stelle den Antrag auf Beschlussfassung der Flächenwidmungsplanänderung, Änderung Nr. 8 – Schaffung eines Dorfgebietes laut beil. Lageplan und ersuche den Gemeinderat meinem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

Bgm. Ramp lässt über den von GR. Köttl gestellten Antrag abstimmen.

Abstimmung:

24 JA-Stimmen

Enthaltung: Ott Wilhelm

4. Beratung und Beschlussfassung der Grünlandförderung für das Jahr 2004

Amtsbericht von GR. Ottinger.

Bei der Sitzung des Umwelt- und Wohnungsausschusses der Gemeinde Neukirchen an der Vöckla, am Dienstag, den 20. Jänner 2004, im Gemeindeamt Neukirchen a.d.Vöckla wurde der Beschluss gefasst, folgenden Antrag dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

- o Der Gemeinderat möge beschließen, dass die „**Grünlandförderung**“ in Abgeltung für den Grundwasserschutzes durch andauernde Begrünung, Erhaltung der Bodenvitalität und Pflege der Kulturlandschaft umbenannt werden.
- o Die Höhe dieser Abgeltung soll der Förderhöhe der Grünlandförderung von 2003 entsprechen.

Hinsichtlich der Richtlinien sollen zusätzliche Anforderungen erfüllt werden.

- o Die Förderung soll nur Betrieben gewährt werden die ausschließlich gentechnikfreies Saatgut verwenden
- o Die Bodenverbesserung soll vorrangig biologisch durch die Aufbereitung der Gülle erfolgen. Bei der punktuellen Bekämpfung von Ampfer ist die mechanische Bekämpfung (Wurzelstecher, Wurzelzieher, Wurzelfräser) der chemischen vorzuziehen. Bei

der ausschließlich punktuellen chemischen Bekämpfung von Ampfer wird die Förderung nur gewährt wenn keine Vollherbizide (z.B. Round Up) sondern nur hochselektive Herbizide wie z.B. „Hösta“ und „Harmonie“ (auf „Sulfonylharnstoff“- Basis) verwendet werden. Diese sind gräser- und klee schonend und bauen sich nach ca. 14 Tagen ab.

Anmerkungen:

- o Es soll weiterhin keine Flächenbegrenzung nach unten bzw. nach oben geben.
- o Der mindestens einmaliger Besuch einer Informationsveranstaltung zum Thema Grünland / Gülleaufbereitung / Bodenvitalität wird nachdrücklich empfohlen.

Gemeinderat Ottinger ersucht den Gemeinderat um Zustimmung zu diesem Antrag.

GR. Uhrlich stellt von Seiten der Sozialistischen Fraktion den Zusatzantrag, dass die Gesamtförderung für landwirtschaftliche Betriebe, außer der Jauchegrubenförderung, das Gesamtsteueraufkommen der Grundsteuer nicht überschreiten soll.

GR. Reiter-Kofler stellt den Antrag, dass die Förderung mit einem Höchstausmaß von 25 Hektar begrenzt wird und die darüber liegende Förderungssumme auf die anderen Betriebe aufgeteilt wird. Es sollen die Großagrarien nicht nach ihrem Flächenausmaß gefördert werden.

GR. Zeilinger: Da es sich bei der Grünlandförderung um eine Dienstleistung an der Gemeinde handelt, soll diese nicht an das Steueraufkommen gekoppelt werden. Wenn Landwirte mit mehr Grundausmaß ihre Kulturen den Richtlinien entsprechend bewirtschaften, sollen auch diese die gesamte Förderung erhalten.

Vizebgm. Schneeweiß: Betreffend dem Steueraufkommen gibt es einen Gemeinderatsbeschluss der besagt, dass für die Rückvergütung bei den Besamungsscheinen nicht mehr ausbezahlt werden darf, als die Grundsteuer A des Betriebes ausmacht.

GR. Starlinger: Im Prüfbericht der Bezirkshauptmannschaft steht, dass man mit den Förderungen eher sparsam umgehen soll. Andererseits kann man sich die Errichtung von Feuerlöschteichen nicht leisten.

GR. Zeilinger sieht diesen Beitrag nicht als Förderung, sondern als Abgeltung für geleistete Dienste. Wenn die Gemeinde sämtliche Straßenböschungen selber mähen müsste, würde dies sicherlich viel kosten.

GR. Ottinger: Es geht auch wesentlich um den Grundwasserschutz.

GR. Stockinger: Bei einer Deckelung mit 25 Hektar trifft es die Vollerwerbslandwirte, welche Arbeitsplätze in der Gemeinde sind. In den Begriff eines Großagrariers fallen wir mit unseren Strukturen noch lange nicht. Dazu muss man schon nach Deutschland oder Holland gehen. Zum Antrag sei zu bemerken, dass sich auch das Mittel Round-Up innerhalb von 3 Wochen abbaut.

GR. Schausberger sieht keinen Sinn in der Deckelung, so lange die Flächen ordnungsgemäß bewirtschaftet würden. Es sei dies eine Abgeltung für eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung. Noch dazu ist das Ausstechen des Ampfers sehr arbeitsintensiv.

GR. Muss berichtet, dass sich die Einnahmen aus der Grundsteuer A und die Förderungen für die Landwirtschaft ziemlich ausgleichen.

GR. Kircher: Milchviehbetriebe sind bereits durch die Deckelung bei den Besamungsscheinen benachteiligt. Daher sehe er eine Deckelung bei dieser Förderung nicht ein.

Bgm. Ramp: Es soll überprüft werden, wie der Gemeinderatsbeschluss für die Förderung bei den Besamungsscheinen lautet. Wenn auch im Prüfungsbericht die Gemeindeförderungen angeprangert werden, muss einem doch die Pflege der Umwelt

etwas wert sein. Es ist auch die Verpachtung von kleineren Grundstücksflächen heutzutage nicht mehr so einfach. Zur Überprüfung könnte man diesen Tagesordnungspunkt auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

GR. Ottinger: Es müsste sich dann der Zeitpunkt über die Antragstellung verschieben.

Vizebgm. Schneeweiß: Es soll der Antrag heute beschlossen werden. Wenn es einen Gemeinderatsbeschluss über eine Deckelung bereits gibt ist dieser anzuwenden und wenn der Gemeinderat die Auffassung vertritt, dass eine solche geschaffen werden sollte, müsste dies in der nächsten Sitzung beschlossen werden.

GR. Uhrlich fragt, ob es in der nächsten Gemeinderatssitzung diesbezüglich einen Bericht geben wird.

GR. Hemetsberger fragt, ob die Art der Ampferbekämpfung auf die Höhe der Förderung einen Einfluss hat.

GR. Stöckl fragt, wie man sich die Aufteilung der Geldmittel, die bei den Betrieben über 25 Hektar entstehen, vorstellen kann.

GR. Kinast: Wenn man die Qualität des Ortswassers ansieht, dann wird in Neukirchen richtig gedüngt und der Boden nicht verschmutzt.

Bgm. lässt über die gestellten Anträge abstimmen.

Der Antrag von GR. Reiter-Kofler lautet wie folgt:

Die Grünlandförderung soll mit einem Höchstausmaß von 25 Hektar begrenzt werden und die darüber liegende Förderungssumme auf die anderen Betriebe aufgeteilt werden.

Abstimmung:

JA-Stimmen: FPÖ-Fraktion (2)

Enthaltung: Starlinger Josef (SPÖ), Schneeweiß Walter (ÖVP)

Dagegen: 21

Bgm. Ramp lässt über den von GR. Ottinger gestellten Antrag abstimmen.

JA-Stimmen: 22

Enthaltung: Starlinger Josef (SPÖ)

Dagegen: FPÖ-Fraktion (2)

5. Beratung und Beschlussfassung der Hundeabgabe für die zweiten und weiteren Hunde ab dem Jahr 2004

Amtsbericht von Bgm. Ramp.

Vom Gemeinderat wurde in der Sitzung vom 16.12.2003 bei der Festsetzung der Hebesätze und Gebühren auch die Höhe der Hundeabgabe mit € 31,00 für den ersten Hund und € 75 für jeden weiteren Hund, für das Jahr 2004 beschlossen. Nach Rechtsauskunft der O.Ö. Landesregierung ist im O.Ö. Hundehaltegesetz 2002, gegenüber dem außer Kraft getretenen O.Ö. Hundeabgabe-Gesetz aus dem Jahr 1950 keine gesetzliche Bestimmung mehr enthalten, dass beim Halten von mehreren Hunden die Hundeabgabe erhöht werden kann. Es ist somit die erhöhte Hundeabgabe für den zweiten oder weiteren Hunde nicht zulässig.

Ich stelle daher den Antrag auf Beschlussfassung, dass die erhöhte Hundeabgabe für das Halten von einem zweiten oder weiteren Hunden, rückwirkend mit 01.01.2004 mit 31,00 € festgesetzt wird und die zu viel bezahlten Beträge der Hundeabgabe für das Jahr 2004 zurückbezahlt werden. Ich ersuche den Gemeinderat meinem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

Abstimmung: einstimmig

6. Beratung und Beschlussfassung der Bioenergie Heizwerk-Anschlusskosten für das Raiffeisengebäude (Musikprobenraum)

Amtsbericht von GR. Schausberger Heinrich.

Von der Raiffeisenbank Neukirchen/V. wurde dem Gemeindeamt mitgeteilt, dass der Beschluss gefasst wurde, am Versorgungsnetz der Bioenergie Neukirchen/V. anzuschließen. Da die Gemeinde am Raiffeisengebäude, bedingt dem Musikprobenraum im Keller, mit 22 % Miteigentümer am Gebäude ist, hat die Raiffeisenbank das Gemeindeamt um Zustimmung zum Anschluss an das Versorgungsnetz der Bioenergie Neukirchen/V., ersucht.

Die Gesamtanschlusskosten für das Objekt Neukirchen 70 inkl. MWSt. betragen € 10.880,40.

Bei einem prozentuellen Gebäudeanteil von 22% ergibt dies für die Gemeinde einen Kostenanteil von € 2.393,69.

Ich stelle den Antrag auf Beschlussfassung, dass die Gemeinde Neukirchen an der Vöckla dem Anschluss des Objektes Neukirchen 70, an das Versorgungsnetz der Bioenergie Neukirchen/V., mit einer Kostenbeteiligung gemäß dem Gebäudeanteil von 22 % und einem Betrag von € 2.393,69 zustimmt. Ich ersuche den Gemeinderat meinem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

GR. Ottinger: Der Kostenanteil beim Wärmeverbrauch für die Heizung beträgt für den Gemeindeanteil ca. 14 % vom gesamten Gebäude. Vielleicht könnte man in dieser Richtung mit der Raiffeisenbank verhandeln.

GR. Muss: Ein separater Anschluss des Musikprobenraumes mit eigenem Wärmetauscher wurde sicherlich mehr kosten als der Differenzbetrag von 14 auf 22 %.

GR. Schausberger findet die Aufteilung am Gebäudeanteil gerecht.

Bgm. Ramp lässt über den von GR. Schausberger gestellten Antrag abstimmen.

Abstimmung:

JA-Stimmen: 22

Enthaltung: GRÜNE-Fraktikon (3)

7. Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Straßensanierungsmaßnahmen 2004 an den Billigstbieter

Amtsbericht von GR. Zeilinger Franz

In der Bauausschusssitzung am 17. März 2004 wurde beschlossen, für das Jahr 2004 Anbote von folgenden dringenden Straßensanierungsmaßnahmen einzuholen:

Huber Zuckau, Hattinger Waltersdorf, Sanierung Gde.Str. Winteredt, Wiesinger Rothauptberg, Eilenberger Pfefferberg, Hemetsberger Robert Wimm, Dißlbacher/Heinrich Welsern, Buchinger Bachleiten.

Es wurden folgende Firmen zur Anbotslegung eingeladen.

Firma Allbau

Firma Hofmann

Firma Niederndorfer

Firma Swietelsky

Nach Anbotseröffnung am 31.03.2004 um 11.15 Uhr ergab sich folgende Reihung.

- | | |
|---------------------|--------------|
| 1. Firma Allbau | € 106.029,12 |
| 2. Firma Hofmann | € 113.628,84 |
| 3. Firma Swietelsky | € 121.640,04 |

4. Firma Niederndorfer € 127.490,04

Es soll nun der Gemeinderat die Vergabe an den Billigstbieter beschließen. Welche Straßenbau- oder Sanierungsmaßnahmen im Jahr 2004 durchgeführt werden, soll der Bauausschuss klären.

Ich stelle den Antrag auf Beschlussfassung, dass die Straßenbau- und Straßensanierungsmaßnahmen für das Jahr 2004 an den Billigstbieter, Firma Allbau, vergeben werden und ersuche den Gemeinderat meinem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

GR. Wagner: Im Voranschlag sind nur 52.000,-- € veranschlagt. Das Anbot lautet auf über 100.000,-- €. Auch sind bei den Arbeiten sehr viele Hauszufahrten angeführt und es stellt sich die Frage, ob nicht wichtigere Sanierungsmaßnahmen durchzuführen sind.

GR. Zeilinger: Der Allgemeinzustand der Gemeindestraßen ist sehr schlecht. Bei den Hauszufahrten handelt es sich schon zum Teil um Vorhaben, die schon seit Jahren verschoben werden. So z.B. bei Wiesinger in Rothauptberg.

Bei den neuen Hauszufahrten haben die Hausbesitzer den Straßenanliegerbeitrag bezahlt und dadurch haben sie auch ein Anrecht auf eine asphaltierte Straße.

GR. Ottinger fehlt in der Ausschreibung die Sanierung der Gemeindestraße in Mühlleiten.

Vizebgm. Schneeweiß: Über verschiedene Straßensanierungsmaßnahmen gibt es schon Angebote. Es fehlen aber noch einige Straßen die unbedingt saniert werden müssten. So z.B. die Straße in Sonnleiten zum Haus Neuwirth oder in der Wimm vom Haus Reinmüller nach Meislgrub. Es soll der Bauausschuss über die durchzuführenden Straßensanierungsmaßnahmen entscheiden.

GR. Baumann fragt, was die Sanierung des Gehweges kostet.

GR. Starlinger fragt, ob der Antrag für die Tonnenbeschränkung für LKW auf gewissen Gemeindestraßen schon der BH vorgelegt wurde.

Bgm. Ramp lässt über den von GR. Zeilinger gestellten Antrag abstimmen.

Abstimmung:

22-JA Stimmen

Enthaltung: GRÜNE-Fraktion (3)

8. Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes im Zuge der Erschließung von Bauparzellen für das Nahversorgungszentrum und in weiterer Folge für einen möglichen Neubau des Altersheims bzw. betreubaren Wohnmöglichkeiten in Zusammenarbeit bzw. unter Führung des zuständigen Ausschusses

Bgm. Ramp berichtet, dass dieser Tagesordnungspunkt von der GRÜNEN-Fraktion eingebracht wurde und bittet Gemeinderat Wagner um Erläuterung.

Es sollen Zukunftsperspektiven erarbeitet werden. Es hat in letzter Zeit viele Stichworte wie Nahversorgungszentrum, Betreubares Wohnen oder die Errichtung eines Seniorenheimes gegeben.

GR. Wagner verliest den Tagesordnungspunkt und formuliert folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass im Zuge der Erschließung von Bauparzellen für die Errichtung des Nahversorgungszentrums und in weiterer Folge für die Errichtung eines Altenheimes, bzw. betreubaren Wohnmöglichkeiten ein Entwicklungskonzept zu erarbeiten ist. Dies soll in Zusammenarbeit, bzw. unter Führung des zuständigen Ausschusses bestehen. Ziel dieser Aktivitäten soll sein, einen ausreichenden Grüngürtel um die einmal errichteten Gebäude zu erhalten, Durchzugsverkehr zu vermeiden, Bürgerbeteiligung zu ermöglichen und Interessen von Anrainern zu wahren und Erschließungsachsen so zu wählen dass sie mit zukünftigen Bebauungen und Raumnutzungen harmonisieren.

Bgm. Ramp: Es soll sich somit der Raumplanungsausschuss mit dieser Angelegenheit befassen.

GR. Stockinger fragt ob diesbezüglich mit den Grundbesitzern schon gesprochen wurde.

GR. Ottinger: Er sehe dies als Aufgabe des Ausschusses.

GR. Schausberger hält diesen Antrag für eine gute Vorgehensweise. Hat aber bei der bereits sehr konkreten Formulierung seine Bedenken.

Bgm. Ramp lässt über den von GR. Wagner gestellten Antrag abstimmen.

Abstimmung:

23 JA-Stimmen

Stimmenthaltung: FPÖ-Fraktion (2)

9. Bericht des Prüfungsausschusses über die Prüfung des Rechnungsabschlusses 2003

Da der Obmann und auch der Stellvertreter des Prüfungsausschusses bei dieser Gemeinderatssitzung nicht anwesend sind, bittet Bgm. Ramp das Prüfungsausschussmitglied Dr. Wagner Georg um den Prüfbericht.

GR. Wagner verliest das Prüfungsausschussprotokoll vom 01.04.2004.

GR. Reiter-Kofler fragt, wie es zu verstehen sei, wenn von der Gemeinde an die ÖVP Orts- und Bezirksparteileitung Beiträge bezahlt werden.

GR. Muss: Es handelt sich dabei um Verwahrgeld, da die ÖVP Mandatare einen Teil ihres Beitrages nicht direkt ausbezahlt bekommen, sondern dieser an die Orts- bzw. Bezirksparteileitung überwiesen wird.

Bgm. Ramp lässt über die zur Kenntnisnahme der Prüfung des Rechnungsabschlusses 2003 abstimmen.

23 JA-Stimmen

Stimmenthaltung: FPÖ-Fraktion (2)

10. Zur Kenntnisnahme des Prüfberichtes der BH Vöcklabruck

Bgm. Ramp bringt dem Gemeinderat die Zusammenfassung des Prüfungsberichtes der BH-Vöcklabruck vom 16.01.2004, Zl.: Gem60-305-2003-Pf. vollinhaltlich zur Kenntnis. Die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen ist in den Ausschüssen, Gemeindevorstand oder Gemeinderat durchzuführen.

Bei den Krankenanstaltenbeiträgen und Sozialhilfebeiträgen kommt Bgm. Ramp auf höhere prozentuelle Steigerungen in den letzten 3 bzw. 5 Jahren.

SHV-Umlage, Steigerung in den letzten 3 Jahren 43,5 %, Steigerung in 5 Jahren 56,5 %

Krankenanstaltenbeitrag, Steigerung in 3 Jahren 27 %, Steigerung in 5 Jahren 45,8 %

Vizebgm. Winter: Es müssen viele Dinge überarbeitet werden. Von den Förderungen bis hin zu den Mietverträgen. Aufklärungsbedürftig ist der Mietvertrag mit der Post AG. Weiters sollte über die Personalsituation in der Verwaltung diskutiert werden. Da laut Prüfungsbericht sämtliche Gebühren erhöht werden sollten wird in Zukunft die SPÖ-Fraktion einer Gebührenerhöhung nicht mehr zustimmen. Die Maßnahmen die derzeit von der Bundesregierung für die Erreichung des Nulldefizits gesetzt werden, werden von der SPÖ-Fraktion nicht mehr getragen.

Bgm. Ramp nimmt zu den Mietverträgen Stellung. Eine Mietpreiserhöhung für die Post AG wurde bereits einmal bearbeitet, aber im Hinblick auf die Situation, dass umliegend kleinere Postämter geschlossen wurden, wurde davon Abstand genommen. Die Mietpreissituation bei den Hauptschulwohnungen war die, dass sämtliche Mieter um Mietpreissenkung angesucht haben, da am Wohnungsmarkt die Preise gesunken sind.

Daher wurde die Indexsteigerung nicht berücksichtigt. Die Mieten wurde mit dem Jahr 2004 angehoben und im neu erstellten Mietvertrag die Indexsteigerung berücksichtigt. Auf die Personalsituation im Gemeindeamt angesprochen, teile ich mit, dass immer darauf getrachtet wurde, dass die technische Ausstattung mittels PC auf einem hohen Stand ist. Heuer wird eine Kraft für das Amt aufgenommen. Das Anheben der Gebühren ist ein Vorschlag des Prüfungsberichtes. Inwieweit nun die Gemeinde auf diese Vorschläge eingeht muss in Gemeindegremien beraten und entschieden werden. Die Einnahmen der Gemeinde sind konform den Ausgaben gestiegen. Es kann derzeit der Haushalt noch ausgeglichen werden, aber es wird sich weisen, wie lange noch.

Vizebgm. Schneeweiß: Wenn schon die Bundespolitik hier erwähnt wird, so muss auch die Ursache der Verschuldung des Staates erwähnt werden. Es ist dies eine Altlast von Bundeskanzler Kreisky. Die Krankenanstaltenbeiträge der Gemeinden sind eine Verfälschung des Gesundheitssystems. Da normalerweise ein jeder höhere Beiträge zu zahlen hätte. Da man dies aber nicht wollte, wurden die Mehrausgaben auf die Gemeinden abgewälzt. Bei den SHV-Beiträgen verhält es sich genau so.

GR. Schausberger findet es schade, wenn man nun auf einmal durch die Bundespolitik auf eine konstruktive Gemeindepolitik verzichtet.

Vizebgm. Winter: Jeder Bürger ist froh, dass es soziale Einrichtungen gibt und man sich diese auch leisten kann und diese Sachen wurden in den letzten Jahren auch von der neuen Regierung mit beschlossen.

GR. Ottinger: Man möge sich bedingt der finanziellen Situation überlegen welche Projekte man sich in Zukunft leisten kann und hier sei ganz besonders der Kanalbau gemeint.

GR. Baumann weist darauf hin, dass der Prüfungsausschuss in den letzten Jahren zu wenig oft getagt hat. Es sollen die 4 Pflichtsitzungen wahrgenommen werden.

Bgm. Ramp lässt über die zur Kenntnisnahme des Prüfungsberichtes abstimmen.

Abstimmung: einstimmig

11. Allfälliges

GR. Wittek: Da sie gefragt wurde ob es in der Gemeinde Essen auf Rädern gibt, möchte sie nachfragen ob es in Neukirchen dafür einen Bedarf gibt.

Bgm. Ramp: Neukirchen hat die Institution Essen auf Rädern nicht. Es wurde doch bereits ein paar Mal vom Seniorenheim Essen geholt aber nicht von der Gemeinde geliefert.

GR. Ottinger fragt wie es mit der Parkplatzsituation bei Pohn Karl in Höllersberg steht. Derzeit befinden sich Parkplatzflächen im Grünland und es wurden Steine und Pflanzen auf öffentlichem Gut aufgestellt.

Bgm. Ramp: Er hat Herrn Pohn mitgeteilt, dass er sämtliche ihm auferlegten Auflagen bei der letzten gewerbebehördlichen Überprüfung einzuhalten hat. Bevor dies nicht geschehen ist, wird auch keine Flächenumwidmung durchgeführt.

Vizebgm. Winter fragt Herrn Bgm. Ramp ob sich dieser mit dem Sozialhilfeverband in Verbindung gesetzt hat. Weiters haben sich die Frauen der SPÖ und GRÜNEN darüber Gedanken gemacht, dass der Sitzungssaal etwas freundlicher gestaltet werden sollte. Mit Farbe ausweißen, Blumen aufstellen und ob man jungen Künstlern die Gelegenheit geben sollte hier auszustellen.

GR. Wagner fragt wie die Gremien Personalbeirat und Gemeindevorstand arbeiten. Da nun der Gemeindevorstand auch die Bewerber sehen will.

Bgm. Ramp: Es war dies in diesem Fall der Wunsch und Beschluss des Gemeindevorstandes und wie man mit dieser Situation in Zukunft umgeht muss noch abgeklärt werden.

Vizebgm. Winter sagt, dass sie und GR Uhrlich im Gemeindevorstand vertreten sind und obwohl sie die Bewerber nicht kennen, müssen sie über die Personalaufnahme entscheiden.

GR. Schausberger: Die Personalaufnahme ist eine sensible Angelegenheit. Auch er als Gemeindevorstand möchte mehr über die Bewerber wissen.

Weiters berichtet GR. Schausberger, dass es die Lokale Agenda gibt. Es ist dies ein Projekt für die Erarbeitung von Projekten für die Entwicklung der Gemeinde. Es hat in Zell am Pettenfirst einen Informationsabend gegeben bei dem nur wenige Gemeinderäte anwesend waren. Die ÖVP-Fraktion hat sich ein Projekt in Steinbach an der Steyr angesehen. Es soll sich nun der Gemeinderat an einem Workshop in Steinbach an der Steyr beteiligen, in dem unter Anleitung von Projektleitern, an der Ortsentwicklung gearbeitet wird. Für diese Workshops ist Anmeldeschluss der 08. April 2004.

Bgm. Ramp sagt, dass es sehr notwendig wäre an solch einem Workshop teilzunehmen.

GR. Ottinger: Es läuft ein Projekt über die Erarbeitung der Verkehrsverbindungen im Bezirk. Es wurde im Jahr 2003 eine Verkehrserhebung durchgeführt und es erfolgt jetzt Ausarbeitung. Es haben bereits zwei Besprechungen stattgefunden und in diesem Gremium ist die Gemeinde Neukirchen/V. nicht vertreten. Er finde es wichtig, dass auch die Gemeinde Neukirchen/V. darin vertreten sei. Die nächste Sitzung findet am 27.04.2004, um 13.30 Uhr im Technologiezentrum in Attnang-Puchheim statt. Es wäre wichtig zu erfahren wie das Ergebnis aus der Verkehrserhebung aussieht.

GR. Baumann fragt, ob es für die Sanierung des Gehweges Neudorf-Zipf schon einen Kostenvoranschlag gibt.

Bgm. Ramp: Kostenschätzungen liegen noch nicht vor.

GR. Uhrlich fragt, ob die Energieförderungsansuchen aus dem Jahr 2003 schon ausbezahlt wurden und dies bejaht Bgm. Ramp.

Bgm. Ramp nimmt zur Anfrage von GR. Ottinger betreffend dem Verkehrskonzept Stellung. Neukirchen hat sich als eine der wenigen Gemeinde an dieser Erhebung beteiligt. Das Gremium für die Beratung wurde zusammengestellt und sollte seiner Meinung nach nicht zu groß sein.

GR. Ottinger ersucht um weitere Information und Informationsverteilung.

Ende der Sitzung: 22.35 Uhr

Bürgermeister
(Ramp Johann)

Gemeinderat
(Schausberger Heinrich)

Gemeinderat
(Huemer Friedrich)

Gemeinderat
(Reiter-Kofler Franz)

Gemeinderat
(Dt. Ottinger Wilfried)

Schriftführer
(Leitner Karl)

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung am 29.06.2004 keine Einwendungen erhoben wurden.

Der Vorsitzende:
(Ramp Johann)